

**Beschlussempfehlung und Bericht**  
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Brandes, Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/4060 –

**Raumfahrtgesetz und unabhängigen Zugang zum Weltraum für Deutschland  
schaffen**

**A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, bis spätestens Dezember 2022 ein Welt-  
raumgesetz vorzulegen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der  
Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/4060 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

**Der Wirtschaftsausschuss**

**Michael Grosse-Brömer**  
Vorsitzender

**Reinhard Houben**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Reinhard Houben

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/4060** wurde in der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 2022 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Verkehrsausschuss und den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/4060 stellende Fraktion der AfD stellt fest, dass die Raumfahrt für die Zukunft der Menschheit von großer Bedeutung sei. Die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten seien groß. Mehrere Unternehmen in Deutschland würden sich bereits mit der Entwicklung von kleinen Weltraumraketen, sogenannten Mikrolaunchern, beschäftigen. Unternehmen hätten ihre Raketen bereits so weit entwickelt, dass ein Start spätestens 2023 möglich sei. Nun sei die Schaffung verlässlicher Bedingungen in Form eines Weltraumgesetzes erforderlich, ebenso ein schnell, sicher und kostengünstig erreichbarer Startplatz. Es habe sich ein Unternehmen (German Offshore Spaceport Alliance unter Führung des Satellitenbauers OHB) gegründet, das den Betrieb eines Offshore-Weltraumbahnhofs auf deutschem Hoheitsgebiet in der Nordsee beabsichtige. Ein solcher Weltraumbahnhof sei notwendiges Bindeglied zur Schaffung einer vollständigen Wertschöpfungskette. Dies stärke die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und ermögliche Deutschland einen eigenständigen Weltzugang. Deutschland habe zudem als zweitgrößter nationaler Beitragszahler entscheidenden Einfluss auf und daher Verantwortung für die Ausrichtung der Europäischen Weltraumorganisation (ESA). In Deutschland fehle jedoch der politische Wille, bei diesen Investitionen konkrete eigene wirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen und international durchzusetzen. Deutsche Raumfahrtwissenschaftler und die Industrie würden die Gefahr sehen, den Anschluss an die Kommerzialisierung der Raumfahrt („New Space“) zu verlieren. Der völkerrechtliche Weltraumvertrag von 1967 verpflichte Staaten, private Weltraumaktivitäten zu genehmigen, zu überwachen und für ihre Völkerrechtskonformität zu sorgen. Diese Pflicht lasse sich am besten durch ein eigenständiges nationales Weltraumgesetz umsetzen. Der Europäischen Union fehle es an der Zuständigkeit für ein einheitliches Europäisches Weltraumgesetz.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf, spätestens bis Dezember 2022 ein zukunftsweisendes Weltraumgesetz vorzulegen, das die auf Drucksache 20/4060 unter II. genannten Punkte beinhaltet und regelt.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4060 in seiner 35. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4060 in seiner 29. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4060 in seiner 29. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat den Antrag auf Drucksache 20/4060 in seiner 25. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

#### IV. Petitionen

Dem Wirtschaftsausschuss lagen Petitionen vor, zu denen der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT angefordert hat. Mit den Petitionen werden die Schaffung eines deutschen Weltraumgesetzes entsprechend der Verpflichtung aus dem Weltraumvertrag von 1967, der Aufbau eines europäischen Satelliteninternets und die Errichtung einer Startplattform für kleine Trägerraketen in der Nordsee gefordert. Die Petitionen wurden in den Beratungsprozess zu der Vorlage einbezogen und der Petitionsausschuss wurde entsprechend informiert.

#### V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/4060 in seiner 31. Sitzung am 14. Dezember 2022 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4060 zu empfehlen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

**Reinhard Houben**  
Berichtersteller